

Bezugsgebühren... für Probe... für den Rest...

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

Lobeck & Co. Carola-Chocolade. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Anzeigen-Zarif... für den ersten... für den zweiten...

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden. Fernsprecher: 11 - 2096 - 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38-40.

RAUM KUNST. Dresden, Viktoriastrasse 5/7. Wohnungseinrichtungen in allen Preislagen. Orientalische und deutsche Teppiche.

Julius Schädlich. Am See 10, part. u. I. Et. Beleuchtungs-Gegenstände für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Königlicher Hofgärtner E. Böhme's rother Gartenschlauch. Tel. 13844.

Lederwaren. Reise-Artikel.

Weitgehendste Auswahl in Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren.

Adolf Näter, Größtes Lederwaren-Spezialgeschäft 26 Prager Strasse 26.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Warm, vorwiegend trocken. Die offizielle 'Leipz. Ztg.' fordert die Presse auf, die Bevölkerung nicht gegen die neuen Steuergesetze an und für sich, sondern gegen deren Mißbrauch zur Erreichung geschäftlicher Vorteile aufzurufen.

einen in sich geschlossenen Bestandteil repräsentiert haben, lag auch kein Grund zu einer reinlichen Scheidung von der Preußengruppe vor, wie sie hier und da gewünscht wurde. Was wäre damit erreicht worden? Weiter nichts, als daß eine wesentliche Schwächung des überaus wohlthätigen sächsischen Einflusses auf die politische Richtung der konservativen Gesamtpartei die Folge gewesen wäre und diese selbst eine starke Erschütterung erlitten hätte.

großstädtischen Mittelstandes, in denen falsche Propheten ihr Wesen treiben. Auch manchen Beamtenkategorien muß ein aufflarendes Wort zu Gehör gegeben werden. Und nicht zuletzt verlangt das Verhältnis der konservativen Partei zu dem bisherigen Reichsanwalt fürchten Bülow noch einer authentischen öffentlichen Klärung.

Die konservative Partei

hat zurzeit mit einigen inneren Schwierigkeiten zu tun; auch in ihre Reihen sind während die Schatten der eben überhandnehmenden Reichsfinanzreform mit ihrem ganzen unerfreulichen Drum und Dran gefallen. In manchen Kreisen der Wählerschaft ist man recht unzufrieden mit der Haltung der konservativen Reichstagsfraktion; man nimmt besonders an ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der Erbschaftsteuer Anstoß und wirft ihr das Zusammengehen mit Zentrum und Polen vor, wodurch nicht nur der Sturz Bülow's herbeigeführt, sondern auch die gesamte innerpolitische Lage verschlechtert worden sei.

It also die Haltung der konservativen Partei in diesen Fragen völlig klar und einwandfrei, so dürfte es doch vielleicht angebracht sein, wenn man auf einem allgemeinen Parteitage eine offene, freie Aussprache über alle zurzeit noch bestehenden Mißverständnisse herbeiführen würde. Das würde unseres Erachtens wesentlich zur Klärung der Westler beitragen. Eine bemerkenswerte Zugkraft an die freikonservative 'Schleische Ztg.' führt in dieser Hinsicht sehr richtig aus, daß den Zweifelnden Gelegenheit gegeben werden müsse, sich auszusprechen und sich aufklären zu lassen; die angegriffenen Parteiführer hätten dabei die beste Gelegenheit, sich zu rechtfertigen.

Neueste Drahtmeldungen

vom 20. August.

Eine deutsche Eisenbahngemeinschaft. Berlin. (Priv.-Tel.) Regierungsrat a. D. Endrich in Mannheim erklärt in einer Zuschrift an die 'Nordd. Allg. Ztg.', daß die ihm zugesandten Angriffe gegen die preussische Staatsbahnenverwaltung, diese benütze ihre Uebermacht dazu, den kleineren Verwaltungen den Verkehr abzuspannen, bis ihnen der Atem ausgehe und sie genötigt würden, sich bedingungslos dem Sieger in die Arme zu werfen usw., nicht von ihm erhoben seien. Er teilt die bezüglichen Stellen seines Vortrages mit, der in dem Vorschlag: 'Zusammenfluß sämtlicher deutscher Bahnen auf föderativer Grundlage' gipfeln. Damit könnten große Ersparnisse erzielt werden; vor allem aber größere Vorteile für unsere ganze Wirtschaftspolitik nach innen und außen. Der Verkehr könnte trotz Steigerung mehr zusammengefaßt, der Betrieb vereinfacht und verbilligt werden. Auch viele Äuße, die jetzt nur aus Konkurrenzrücksichten gefahren würden, könnten wegfallen, Umwege, Material und Personal gespart werden. Der Wettbewerb der deutschen Bahnen unter sich würde aufhören und der gegen das Ausland um so erfolgreicher ausgenommen werden. Es sei aber notwendig, rechtzeitig einen Vertrag mit Preußen abzuschließen, ehe man dazu gebrängt werde. Süd-Deutschland müsse rechtzeitig daran denken, wirtschaftliche Vorteile zu erringen, sonst werde es immer weiter zurückgehen im Verhältnis zu Norddeutschland. Wenn Süd-Deutschland nicht zusammengehe, werde seine wirtschaftliche Zukunft gefährdet werden. Eine süd-deutsche Eisenbahngemeinschaft werde ja nun gewiss nicht von heute auf morgen zustande kommen, bei weiterem Sinken der Eisenbahnrenten in Süd-Deutschland und der Vergrößerung der finanziellen Kluft zwischen Preußen und den übrigen Staaten werde es aber immer schwieriger werden, gute Bedingungen zu vereinbaren. Preußen, das ein politisches und befürwortendes Interesse an einer deutschen Eisenbahngemeinschaft habe, würde nicht nein sagen, wenn ihm ein solcher Gemeinschaftsvertrag von allen anderen Staaten angeboten würde. Die 'Nordd. Allg. Ztg.' bemerkt, daß in Preußen eine große Genugtuung bestehen werde, dem entwickelten Plane näher zu treten. Für ein bundesständliches Zusammenwirken der deutschen Staatsbahnen im Gebiete des allgemeinen Verkehrs und Betriebes, wie noch hängt bei der gemeinsamen Regelung der Verkehrsleistung im Güterverkehr und der gemeinsamen Benutzung der Betriebsmittel, werde Preußen jederzeit eintreten.

Die englische Kolonialkonferenz.

London. (Priv.-Tel.) Ueber die Ergebnisse der gestern geschlossenen Verhandlungen der Kolonialkonferenz, die dem Parlament kurz mitgeteilt werden sollen, verlautet folgendes: Während die einheitliche Gestaltung des Heereswesens keinerlei Schwierigkeiten verursacht, ließ die Festlegung der Grundzüge für die einheitliche Reichsflotte auf Hindernisse, da die Admiralität erhöhte Geldbeträge zur britischen Flotte wünschte, dabei aber die gänzliche Unterordnung der kolonialen Flotte unter die Admiralität im Kriegsfalle vorschlug. Am hartnäckigsten bestand Canada auf dem vollständigen Selbstbestimmungsrecht der kanadischen Flotte zum Schutze der Küste des Stillen Ozeans auch im Kriegsfalle, während Australien nur in Friedenszeiten absolutes Bestimmungsrecht verlangte, das im Kriegsfalle an den britischen Admiral abgetreten werden könnte. Am gefügigsten war Neu-Seeland, dessen aus Kreuzern bestehende Flotte im Kriegsfalle dem britischen, im Stillen Ozean aufgestellten Geschwader zugeteilt werden soll.

Zur Aetiafrage.

Konstantinopel. In der Antwortnote Griechenlands auf die letzte Note der Pforte wird das lebhafteste Bedauern darüber ausgedrückt, daß die Türkei selbst nach der ersten Antwort auf ihren Beschwerden betr. die Haltung Griechenlands in Rumelien und auf Aetia beharre. Die von Griechenland ergriffenen Maßnahmen seien ein Beweis für seinen festen Entschluß, von seiner Verwaltungslinie, die Aufgabe der Türkei zu erleichtern,